

16.04.2012

Bruchköbeler Bürgerbund fordert: Abwassergebühren senken BBB beantragt außerdem Ausschreibung für Ersten Stadtrat

Bruchköbel.- Mit einem Antrag zur Änderung der Entwässerungssatzung verfolgt die BBB-Fraktion eine Senkung der Abwassergebühren auf das Niveau von 2011. Denn die Gebührenerhöhung zum Januar 2012 sei damit begründet worden, daß die Stadt Kosten der Untersuchungsmaßnahmen nach der sogenannten Eigenkontrollverordnung (EKVO) auf die Abwassergebühren umlegen wollte, so der finanzpolitische Sprecher der BBB-Fraktion Harald Hormel. Diese Kosten würden jetzt aber glücklicherweise überhaupt nicht entstehen, weil die hessische Umweltministerin Lucia Puttrich die EKVO vernünftigerweise ausgesetzt habe. Folgerichtig müsse die Stadt ihre Gebührenerhöhung zurücknehmen, weil das Gebührenrecht die Erhebung von mehr als kostendeckenden Gebühren verbiete. Unterbliebe die Rücknahme, liefe die Stadt Gefahr, daß massenhaft Bürgerinnen und Bürger gegen die Abwassergebührenbescheide klagten. Zudem hält der BBB seine Forderungen aufrecht, daß die teilweise übertrieben anmutenden Kontrollmaßnahmen jetzt von der Landesregierung gestrichen werden und somit auch in Zukunft die damit entstehende Kostenbelastung unterbleibt. „Es ist nicht einzusehen, dass Entwässerungskanäle für Regenwasser kostenpflichtig untersucht werden sollen und beispielsweise im Baugebiet Peller dieses Regenwasser in den Wald geleitet wird. Das ist von schwarz/grün gewollte Überregulierung“ so Harald Hormel.

Mit einem weiteren Antrag will die BBB-Fraktion erreichen, daß der gesetzlich vorgesehene Wahlvorbereitungsausschuß gebildet wird, damit die Stelle des Ersten Stadtrats ausgeschrieben werden kann. Dieses Verfahren sei erforderlich, weil die Wahl des Amtsnachfolgers in diesem Sommer erfolgen müsse, nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Januar die Wiederwahl des Amtsinhabers abgelehnt habe und dessen Amtszeit zum Oktober auslaufe. Eine Zumutung für die Stadtverordneten sei es

aber, daß CDU und Grüne nochmals den Antrag auf Wiederwahl Ringels gestellt hätten, obwohl die CDU-Fraktionsvorsitzende Lauterbach Ende Januar erklärt habe, die CDU-Fraktion werde die demokratische Mehrheitsentscheidung der Stadtverordnetenversammlung respektieren und den Wiederwahantrag nicht erneut stellen, sondern ins Ausschreibungsverfahren gehen. Die BBB-Fraktion sei gespannt, wie die CDU begründen wolle, daß sie nun die demokratische Mehrheitsentscheidung nicht mehr respektieren wolle. Es müsse dieser Politikstil sein, den die Junge Union in einer Presserklärung so beschrieben habe „Politische Aussagen müssen für Bürger aber auch Ehrenamtliche nachvollziehbar und verlässlich sein. Wie kann ein solches Wechselspiel Vorbild für junge Menschen sein?“ Offenbar sei die CDU-Führung gewillt, die Glaubwürdigkeit der CDU und ihrer Stadtverordneten rücksichtslos auf dem Altar der Koalition mit den Grünen zu opfern.

Als dritte Initiative für die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 24.04.2012, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses will der BBB mit einer Anfrage Klarheit schaffen, warum im Verantwortungsbereich von Bürgermeister und Erstem Stadtrat der Standort für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Oberissigheim gescheitert ist. Die BBB-Fraktion stelle gerade einen Fragenkatalog zusammen, mit dem allerlei Auffälligkeiten beim mißlungenen Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans für den Feuerwehrstandort aufgeklärt werden sollten, so unter anderem, warum die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Offenlage erst nach 11 Wochen erfolgte.